

Die Ökokirche übt sich wie Robin Hood in Nächstenliebe



Die EEG-Subventionierungen der Energieversorgung reichen der Lobby noch nicht. Es gibt ja noch die viel umfangreicheren, restlichen Energieträger, welche noch weitgehend „Ökokosten-frei“ geblieben sind. Der Bundesverband Erneuerbare Energie e.V. (BEE) hat diese Lücke erkannt und überlegt, wie dem Mangel abgeholfen werden kann. Herausgekommen ist ein System, an dem „Die Linken“ ihre helle Freude haben müssten: Man nehme das Geld von den Reichen und verschenke es an die Armen.

KLIMARETTER.INFO, 14. Januar 2016: [3] [CO₂-Steuer als Sozialprojekt](#)

Der „CO₂-Büßerpfennig“

Wie das funktioniert? Die Reichen emittieren mehr CO₂ als der arme Bevölkerungsanteil (man denke an Al Gore mit seinen Villen und Privatflugzeug). Damit schädigen diese das Klima überproportional. Konsequenter Weise müssen diese zukünftig einen „Büßerpfennig“ in Form von CO₂-Abgaben bezahlen und nun kommt der Clou: Dieser wird den Armen gegeben. In der BEE Pressemitteilung wird es etwas weitschweifiger beschrieben: Berlin, 18.09.2017. [1] *Der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) hat am heutigen Montag einen Vorschlag für eine CO₂-Bepreisung im Wärmemarkt vorgestellt. „Bislang gibt es im Wärmemarkt nicht die richtigen Anreize, moderne Technologien und Erneuerbare Energie einzusetzen, da die Kosten für eine Entsorgung der Emissionen in der Atmosphäre nach wie vor nicht beim Anlagenbetrieb anfallen, sondern stillschweigend vergesellschaftet werden. ... Derzeit werden sogar wieder mehr Ölheizungen installiert. Dabei werden die gesetzten Emissionsminderungsziele der Bundesregierung nicht erreicht und das Potenzial des Wärmesektors weit unterschätzt“, sagt Dr. Peter Röttgen, Geschäftsführer Bundesverband Erneuerbare Energie. Um dem entgegen zu wirken, hat der BEE das Wirtschaftsforschungs- und Beratungsunternehmen Prognos mit einer Studie beauftragt, um einen Lösungsvorschlag zu erarbeiten. Im Ergebnis wird die Ergänzung der Energiesteuer um eine CO₂-Komponente inklusive eines Rückerstattungsmodells vorgeschlagen. „Dieser Ansatz sorgt für eine fairere Energiewende im Wärmesektor, technologisch und auch sozial“, so Röttgen. Es wird eine vollständige Rückvergütung der zusätzlichen Steuereinnahmen an die Haushalte vorgeschlagen. „Die CO₂-Bepreisung soll eine klimafreundliche Wärmeversorgung auf Basis Erneuerbarer Energien belohnen. Je mehr Emissionen eingespart werden, desto mehr Geld verbleibt unterm Strich beim Verbraucher“, so Röttgen. Dabei sei es besonders wichtig, dass die Rückverteilung gerecht ist, besonders mit Blick auf einkommensschwächere Haushalte.*

Wer es noch nicht wusste: Neu ist dieser Vorschlag nicht. Die Schweiz, ebenfalls immer mehr dem Ökowahn verfallend, hat ein solches Modell bereits. Dort nennt es sich „Lenkungsabgabe“, was den Sinn treffend beschreibt: WIKIPEDIA: [2] [Lenkungsabgabe \(Schweiz\)](#)

Die Begriffe „arm“ und „einkommensschwächer“ werden vom BEE recht weit gefasst. Jeder, der eine Ölheizung betreibt, fällt schon einmal nicht darunter. Scheinbar machen Ölheizungen automatisch reich oder verhindern zumindest „Einkommensschwäche“.

Es ist anzunehmen, dass unsere Regierung, egal welche es wieder wird, solche Vorschläge dankenswert aufgreift. Beim Durchschleifen von Geld bleibt immer etwas hängen und die Verteilung lässt sich werbe- und wählerwirksam lenken.

DER BEE: [1] *Als Dachverband der Erneuerbare-Energien-Branche in Deutschland bündelt der BEE die Interessen von 49 Verbänden und Unternehmen mit 30 000 Einzelmitgliedern, darunter mehr als 5 000 Unternehmen. Im Wärmesektor gehören der Bundesverband Bioenergie e.V., der Bundesverband Solarwirtschaft, der Bundesverband Wärmepumpe e.V., der Deutsche Energieholz- und Pellet-Verband e.V. und der Fachverband Biogas zu unseren Mitgliedern. Wir vertreten auf diese Weise 330 000 Arbeitsplätze und mehr als 3 Millionen Kraftwerksbetreiber. Unser Ziel: 100 Prozent Erneuerbare Energie in den Bereichen Strom, Wärme und Verkehr.*

Die GRÜNEN finden die Idee ebenfalls gut, wollen den „Nutzen“ aber ausschließlich an ihr Klientel „zurückgeben“. Arme interessieren sie nicht

Noch „rechtzeitig“ vor der Wahl stöberten die GRÜNEN in ihren Rumpelkammern, um zu finden, was im Klimakampf bisher vielleicht übersehen wurde, fanden Einiges und fassten es gleich in ein Wahl-Zusatzprogramm:

GRÜNES SOFORTPROGRAMM FÜR KLIMASCHUTZ UND SAUBERE ENERGIE

Die globale Erwärmung schreitet voran, eine massive Eisschmelze an den Polen lässt den Meeresspiegel steigen und bedroht ganze Regionen und Städte weltweit. Trockenheit und Waldbrände wüten im Süden Europas, während zeitgleich in Teilen von Amerika, Asien und Afrika Starkregen für Überschwemmungen und Verwüstungen sorgt. Allein in Deutschland hat die Klimakrise zwischen 1970 und 2014 bereits mehr als 90 Mrd. Euro an volkswirtschaftlichen Schäden verursacht.

Ein GRÜNER Lösungspunkt dazu

... einen gesetzlichen CO2-Mindestpreis im Emissionshandel einführen und außerhalb des Emissionshandels eine CO2-Bepreisung auf fossile Energieträger einführen, damit sich Investitionen in Klimaschutz betriebswirtschaftlich unmittelbar lohnen

Was bedeutet das?

Öl durch die CO2-Zusatzkosten so verteuern, dass es sich lohnt, mit teureren Ökolösungen zu heizen, beziehungsweise die teuren Zusatzinvestitionen zu tragen.

Gleichzeitig belegen die GRÜNEN, dass der Klimawandel bisher keinen messbaren, volkswirtschaftlichen Nachteil, gebracht hat

Eigentlich immer beim Rechnen und Vergleichen versagt die GRÜNE Führungselite hoffnungslos, Man denke an die „eine Kugel EIS“ des Herrn Tritti(h)n, oder Herrn Özdemirs EEG-Unwissen:

[4] EIKE 18.09.2017: *Kleine Energierückschau 2016, oder: Was ist Zappelstrom*

Nicht anders ist es in diesem „Strategiepapier“.

Angegeben sind seit 1970 ca. 90 Milliarden EUR an Klimaschäden. Komisch, dass die Rechnung zu einer Zeit beginnt, als die Klimawissenschaft vor der sicher bevorstehenden Eiszeit warnte.

Rechnet man jedoch spasseshalber volkswirtschaftliche Kosten mit der durchschnittlichen Inflationsrate von 3,07 ... 3,45 % zurück, sieht man, dass diese Kosten im Rauschen verschwinden und es niemandem möglich ist, einen „Klimawandelverlust“ abzuleiten

Der Anteil von (angeblich) 90 Milliarden jährlichen Klimakosten in Deutschland hat zurückgerechnet den folgenden Anteil:

An den Kosten des Rauchens (2012: 35 Milliarden EUR): 9,2 %,

an den Kosten der Straßenunfälle (2012: 35 Milliarden EUR): 10 %

anteilig am Steueraufkommen (2016: 648 Milliarden EUR): 0,6 %

An diesen Kosten gesamt, anteilig: 0,14 %

Nimmt man das Bruttoinlandsprodukt (2016: 3026 Milliarden EUR) betragen die (angeblichen) Klimawandelkosten ebenfalls nur ca. 0,13 %

Da wohl niemand zwischen wetterbedingten und „klimawandel-“, bedingten Kosten unterscheiden kann, ist der Anteil mit Sicherheit noch wesentlich niedriger. Er „belastet“ die Volkswirtschaft damit nicht im Geringsten. Damit darf es kein Grund sein, deshalb Deutschlands Energiesystem in Grund und Boden zu rammen oder Ölheizungen zu verbieten.

Den nicht messbaren (angeblichen) Kosten stehen jedoch enorme Vorteile gegenüber.

... den Pflanzen (und Bauern) aber enorme Vorteile

Anbei die Steigerung des Getreideertrags Gesamtdeutschland.

1970: 3180 kg / Hektar

2014: 8014 kg / Hektar;

das sind seitdem +250 % Ertragssteigerung. Den Pflanzen gefällt das Klima.

Quellen

[1] Bundesverband Erneuerbare Energie e.V.: [Energiesteuer mit CO2-Komponente plus Rückverteilung schafft Fairness auf dem Wärmemarkt](#)

[2] WIKIPEDIA: [Lenkungsabgabe \(Schweiz\)](#)

[3] KLIMARETTER.INFO, 14. Januar 2016: [CO₂-Steuer als Sozialprojekt](#)